

## **Der lange Weg zur Rezession**

**Gegen den Abschwung können wir wegen des Euro wenig machen / BDI-Chef beschuldigt die Falschen**

**Bruno Bandulet**

Das zeitliche Zusammentreffen mag Zufall gewesen sein oder auch nicht. Als das Statistische Bundesamt in der vergangenen Woche einen Rückgang der deutschen Wirtschaftsleistung meldete, fiel Dieter Kempf, dem Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), nichts Besseres ein, als eine Kausalkette zu konstruieren: Die Wahlerfolge der AfD schaden dem Image Deutschlands im Ausland, ergo drohen Abschwung und Strukturschwäche. Christian Lindner, verzweifelt auf der Suche nach dem Markenkern der FDP, sekundierte beflissen: „Wer die AfD wählt, muß wissen, daß er damit unseren Wohlstand gefährdet.“

Europas größte Volkswirtschaft läuft in der Tat nicht mehr rund. Schon im 3. Quartal 2018 war das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) und damit der inflationsbereinigte Wert aller in Deutschland produzierten Waren und Dienstleistungen um 0,1 Prozent geschrumpft. Das zurückliegende 2. Quartal brachte dann wieder ein Minus von 0,1 Prozent. Damit bildet Deutschland das Schlußlicht aller Staaten der Eurozone. Sobald zwei Quartale hintereinander einen Rückgang ausweisen, sprechen die Volkswirte von einer „technischen“ Rezession.

Weitaus bedenklicher ist, daß die deutsche Industrieproduktion nun schon in vier Quartalen hintereinander gesunken ist. Die Industrie steckt bereits in der Rezession. Besserung ist nicht in Sicht. Der Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe (es umfaßt Industrie, Bau und Energiewirtschaft) notiert auf Krisenniveau und noch dazu unter dem Durchschnitt der Eurozone. Er gilt als bewährter Frühindikator im Gegensatz zur Arbeitslosenquote, die erfahrungsgemäß erst spät auf einen Konjunkturbruch reagiert.

Was aber bringt Dieter Kempf dazu, das Mandat des BDI, des laut Spiegel „mächtigsten Lobbyverbandes Deutschlands“, zu überschreiten und sich in Wahlkämpfe einzumischen? Unternehmer wie andere BDI-Chefs vor ihm war er nie. Er machte Karriere als Wirtschaftsprüfer, als Manager und schließlich als Funktionär an der Spitze des Branchenverbandes Bitkom. Den BDI mit seinen mehr als 100.000 Firmen führt er seit dem 1. Januar 2017. „Deutschland ist und bleibt ein Industrieland“, ist auf der Homepage des BDI zu lesen.

Nun kann man manchen Politikern der AfD manches vorwerfen, nicht aber, daß die Partei industrie-feindlich sei. Sie ist sogar sehr industrie-freundlich und damit der Gegenpol zu den Grünen. Bei denen aber biedern sich gewisse Konzernmanager an,

was ihrem natürlichen Opportunismus geschuldet ist. Sie glauben, daß sie sich mit den Autoabschaffern und Klimaapokalyptikern irgendwie arrangieren müssen, wenn diese erst einmal an der Regierung sind. Kempf selbst hat sich vorsorglich schon einmal privat ein Elektroauto der Marke BMW zugelegt, das er angeblich „liebt“, obwohl er nach eigenem Bekunden an seiner Funktionstüchtigkeit verzweifelt. Auf der Fahrt von München nach Nürnberg, seinem Heimatort, sei er schließlich mit Tempo 80 im Windschatten der Lkws „getuckert“, um nicht liegenzubleiben. Er habe es mit dem letzten bißchen Strom gerade noch nach Hause geschafft. „Da lobe ich mir doch einen Diesel, mit dem ich theoretisch bis zu 900 Kilometer fahren kann.“ Warum fährt er dann keinen? Er tut sich offenbar schwer damit, aus Erfahrungen Konsequenzen zu ziehen.

Es ist nicht so, daß er die Interessen seines Verbandes nicht vertreten könnte. Anfang Juni tat er das beim Tag der Deutschen Industrie in Berlin sogar sehr nachdrücklich, noch dazu in Anwesenheit der Bundeskanzlerin. Da tönte er ganz anders als in der vergangenen Woche. „Die Regierungspolitik schadet den Unternehmen“, sagte er. Und: „Das fehlende Management der Energiewende droht die Unternehmen aus dem Land zu vertreiben“, klagte er. Merkel war schwer verärgert. Um so mehr Pluspunkte wird er jetzt mit seinen parteipolitischen Ausfällen bei ihr gesammelt haben. Ob es die Mehrheit der Unternehmer gut findet, plumpen Wahlkampf für die Regierung zu machen, ist zu bezweifeln.

Ein politischer Kopf ist Kempf nicht. Wenn er Meinungen zur deutschen Innenpolitik zum besten gibt, sind es nicht seine eigenen. Er leiht sie sich nur aus. Auch die großen makroökonomischen Zusammenhänge sind nicht seine Stärke. Er hat sich nie damit befaßt, welche Folgen der Verlust der monetären Souveränität für die deutsche Wirtschaft haben mußte. „Zu Zeiten der D-Mark“, erinnert sich wehmütig Jens Ehrhardt, der Doyen der deutschen Vermögensverwalter, „hat die Deutsche Bundesbank fast 50 Jahre lang eine ausgezeichnete Konjunkturpolitik betrieben.“

Wenn Deutschland und die Eurozone in diesem oder im nächsten Jahr in die Rezession rutschen, wird die EZB kaum noch wirkungsvoll gegensteuern können. Die Zinsen sind schon bei Null, und zusätzliches Geld drucken kann nur oberflächlich und vorübergehend helfen, wird aber um so größere Folgeschäden verursachen. Vor allem aber wurde der deutsche Exportsektor durch die Weichwährung Euro ungesund aufgebläht – mit der Folge einer fatalen Abhängigkeit der Wirtschaft vom Weltmarkt und vom Welthandel. Der Anteil der Exporte am BIP hat sich seit der Euroeinführung 1999 verdoppelt! Damit wird Deutschland zum europäischen Hauptopfer des amerikanischen Handelskrieges gegen China. Die Zeiten, da sich die amerikanische Notenbank noch mit der Bundesbank abstimmt und die deutsche Position bei der US-Regierung noch Gewicht hatte, sind lange vorbei.

Der Gründe für die Konjunkturschwäche sind viele. Wahlerfolge der AfD zählen nicht dazu. Die junge Partei kann den Abschwung ebensowenig verursachen wie verhindern. In der Verantwortung stehen andere. Den Imageschaden im Ausland, über den der Funktionär Kempf phantasiert, redet er selbst herbei.

**Maaßen, Kramp-Karrenbauer und die AfD**

## **Fröhlich in den Untergang**

**Dieter Stein**

Was tun aus dem Dienst entlassene Geheimdienstchefs normalerweise? Sie verschwinden dezent aus dem Licht der Öffentlichkeit, ziehen sich ins Private zurück und tauchen irgendwann allenfalls in elitären Hintergrundzirkeln der Sicherheitsdienste auf, halten sich aus der Tagespolitik aber vornehm heraus.

Ganz anders Hans-Georg Maaßen, der als Chef des Verfassungsschutzes im November 2018 von Horst Seehofer in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde. Maaßen hatte sich offensichtlich nicht davon abbringen lassen, die Realität in der Frage unkontrollierter Migration zu beschreiben, und er zählte zu der Gruppe der Chefs von Sicherheitsdiensten, die Merkels Grenzöffnung im Herbst 2015 intern als schwere Fehlentscheidung kritisiert haben.

Maaßen hat sich Anfang des Jahres als CDU-Mitglied der innerparteilichen Oppositionsgruppe „Werte-Union“ angeschlossen. Seit seinem Beitritt ist das Interesse an dieser kleinen konservativen Basisströmung sprunghaft gewachsen. Daß Maaßen von wahlkämpfenden CDU-Gliederungen in Sachsen und Brandenburg demonstrativ eingeladen wurde und sich CDU- und AfD-Anhänger dort quasi in den Armen lagen, muß die Chefetage im Konrad-Adenauer-Haus zur Weißglut gebracht haben. So ruhig Angela Merkel kürzlich bei einem „Bürgerdialog“ in Stralsund Kritik an sich abperlen läßt, so sehr scheinen intern die Nerven angesichts der heraufziehenden Wahlschlappen blank zu liegen.

Nicht anders zu erklären ist die unprofessionelle Äußerung von CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer, die in einem autorisierten Zeitungsinterview Spekulationen über einen Parteiausschluß von Maaßen Nahrung gab. Am Wochenende verhedderten sich sie und ihr Stab in Widersprüche und mußten schließlich zurückrudern.

Kramp-Karrenbauers Äußerung, sie sehe bei Maaßen „keine Haltung, die ihn mit der CDU noch wirklich verbindet“, wirkt jedoch als arroganter Affront gegen Merkel-Kritiker nach. Die gibt es gerade im Osten zuhauf, was auch einer der wichtigsten Gründe dafür ist, daß sowohl in Brandenburg als auch in Sachsen die CDU am 1. September von der AfD deklassiert werden könnte.

Der CDU dürfte die Schadenfreude über die Selbstzerstörung der SPD inzwischen im Halse stecken bleiben, ihr droht nämlich das gleiche. Das Partiestablishment hat längst bundesweit die Weichen für komfortable Bündnisse mit den Grünen, auf Länder-ebene auch unter Einschluß der Linkspartei gestellt. Hierfür werden fröhlich die letzten Grundpositionen geopfert. Um den Preis, weitere Kernwähler der alten CDU in die Arme der AfD zu treiben. Maaßen und die Werte-Union stehen für eine politisch alternative Option, für die es – derzeit – noch keine Mehrheiten gibt.

## **„Das schaffen wir!“**

**Gelingt es der AfD, am 1. September in Sachsen stärkste Partei zu werden? Spitzenkandidat Jörg Urban ist trotz Rückstands zuversichtlich und droht nach dem Sieg vor dem Verfassungsgerichtshof mit Konsequenzen**  
**Moritz Schwarz**

*Herr Urban, gewinnt Ihre AfD das Wettrennen gegen die CDU?*

**Jörg Urban:** Ja, das schaffen wir!

*Was macht Sie so optimistisch?*

**Urban:** Zum Beispiel die gute Stimmung im Land zu unseren Gunsten.

*Aber die Union führt laut letzter Umfrage mit 28 Prozent und drei Punkten.*

**Urban:** Erstens schwanken Umfragen stets, zweitens lagen wir bei jeder Wahl am Ende klar höher als vorausgesagt.

*Stimmt nicht, zuletzt haben sie bei Prognosen bis acht Prozent nur 6,1 erzielt.*

**Urban:** Bei der Bremen-Wahl im Mai – ich spreche von der Sachsen-AfD!

*Was, wenn Sie wirklich stärkste Kraft werden?*

**Urban:** Dann haben die anderen Parteien ein Problem, denn dann haben wir den Auftrag zur Regierungsbildung.

*Und was, wenn nicht?*

**Urban:** Macht es das für die anderen kaum besser. Denn auf jeden Fall werden wir, nach Zuwachs, deutlicher Gewinner der Wahl und die CDU mit erheblichen Verlusten ihr Verlierer. Zudem wird die Union nicht in der Lage sein, eine Regierung nach ihren Vorstellungen zu bilden, sondern ist wegen ihrer Koalitionspartner zu einer grünen Politik gezwungen – was ihr weiter schaden wird. Eine Koalition mit der AfD wird es allerdings nur zu unseren Bedingungen geben.

*Daran glauben Sie nicht wirklich?*

**Urban:** Einige CDU-Abgeordnete werden sich sehr wohl überlegen, ob es für sie perspektivisch klug ist, in eine linke Koalition einzutreten und als Quittung in fünf Jahren ihr Mandat zu verlieren.

*Schon wenn die Union nur über eine Koalition mit Ihnen nachdächte, würde die Parteispitze intervenieren, Teile der Bundespartei rebellieren, die Medien protestieren*

*und das Ausland sich, bestellt und unbestellt, echauffieren. Sie glauben ernstlich, dem würde die Sachsen-CDU standhalten?*

**Urban:** Mittlerweile sind die meisten sächsischen CDU-Parlamentarier Berufspolitiker, sprich abhängig von ihrem Mandat. Zudem wünschen sich etliche von ihnen eine konservative Besinnung ihrer Partei. Und der Erfolg der AfD ist ein klares Zeichen für die Stimmung im Land. Denn in Sachsen wollen auch die meisten CDU-Wähler keine linke Politik. Wenn Herr Kretschmer also am Wahlabend denkt, er habe trotz allem die Nase vorn und könne mit SPD und Grünen regieren, wird sich das rächen.

*Er hat doch schon angekündigt, daß er das tun wird.*

**Urban:** Ich wiederhole, ignoriert er die Stimmung, dann rächt sich das! Womit ich nicht sage, daß er das nicht dennoch tut. Tatsächlich glaube ich sogar, daß er diesen Fehler machen wird. Nur halte ich es nicht, wie Sie, für ausgeschlossen, daß er nicht so dumm ist und sehe also durchaus eine Chance, daß er sich noch besinnt.

*Müssen Sie nicht dankbar sein, wenn das nicht der Fall ist?*

**Urban:** Weshalb?

*Sind Sie denn in der Lage zu regieren? Dazu fehlt es der AfD doch immer noch an Erfahrung und Personal.*

**Urban:** Falsch. Zum einen sind die meisten Beamten eines Ministeriums gar nicht austauschbar – es gäbe also jeweils nur ein paar Dutzend Stellen neu zu besetzen. Zum anderen haben wir unter unseren 25.000 Parteimitgliedern deutschlandweit etliche mit entsprechender Erfahrung. Und natürlich würden wir auf die Fachleute der Gesamtpartei zurückgreifen, sollten wir mitregieren. Und schließlich haben wir uns bereits schulen lassen, wie man Ministerien übernimmt und führt.

*Was ist mit der FDP?*

**Urban:** Ob die es, mit fünf Prozent in den Umfragen, überhaupt in den Landtag schafft, ist fraglich. Und wenn, dann wird das keinen Unterschied machen.

*Eine FDP-Beteiligung würde das „bürgerliche“ Element in Ministerpräsident Kretschmers neuer Koalition stärken und deren Linksdrall mindern.*

**Urban:** Nein, die FDP hat sich noch immer als sehr „anpassungsfähig“ erwiesen. Und glauben Sie nicht, Jamaika sei im Bund tatsächlich an inhaltlichen Überzeugungen gescheitert. Herr Lindner hatte schlicht erkannt, daß die FDP sonst entzaubert und wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwinden würde.

*Die FDP in Sachsen, unter dem unkonventionellen Holger Zastrow, ist allerdings bekanntlich anders.*

**Urban:** In puncto Anpassungsfähigkeit nehmen sich FDP in Bund und Land nichts. Nein, das sehe ich wirklich anders als Sie.

*Die Aufhebung Ihrer Kandidatenliste durch den Landeswahlausschuß hat für Schlagzeilen und – „Rechtsradikal ist gleich dumm. Zu blöd, eine Liste aufzustellen.“ (Johannes Kahrs) – Spott gesorgt. Zum Vor- oder Nachteil für Sie?*

**Urban:** Es hat sich klar als Vorteil erwiesen, da der Eingriff – übrigens ist der betreffende Landeswahlleiter CDU-Mitglied – rechtswidrig war. Das hat vielen Bürgern die Augen geöffnet, mit welchen Mitteln hier gegen eine Oppositionspartei vorgegangen wird!

*Daß der Wahlausschuß vor dem sächsischen Verfassungsgerichtshof mit seiner Interpretation unterlegen ist, bedeutet doch noch nicht, daß seine Absicht die Diskriminierung der AfD war.*

**Urban:** Das Gericht hat klar gesagt, daß dessen Vorgehen „nicht mit den Wahlgesetzen vereinbar“ ist, daß es „unsere Chancengleichheit“ verletzt hat und es „klar rechtswidrig“ ist – das ist eindeutig! Deshalb werden wir auch Strafanzeige gegen die Landeswahlleitung und wohl auch das Innenministerium stellen sowie einen Untersuchungsausschuß im Landtag beantragen, um diesen gezielten Rechtsbruch aufzuklären!

*Auch in Sachsen sind Bündnis 90/Die Grünen mit plus 6,3 gegenüber der Wahl 2014 auf jetzt zwölf Prozent enorm im Aufwind. Können Sie erklären warum, zumal Sie als ehemaliger Landesgeschäftsführer des Öko-Netzwerks Grüne Liga selbst aus dem Naturschutz kommen?*

**Urban:** Die Grünen haben wegen ihrer klaren Ansagen und des aktuellen Klima-Hypes Konjunktur. In Sachsen allerdings nicht dergestalt, daß sie wie in anderen Bundesländern der CDU Wähler abwerben. Hierzulande ist das vor allem eine Wanderung innerhalb des linken Lagers zu Lasten der SPD. Deshalb widerspricht der Zuwachs der Grünen auch nicht der eigentlichen Stimmung im Land, die eindeutig zu unseren Gunsten ausfällt und uns zur neuen Volkspartei Sachsens macht!

**Jörg Urban**, ist Landes- und Fraktionsvorsitzender der AfD in Sachsen. Geboren wurde der Wasserbauingenieur, der als Projektmanager im Natur- und Landschaftsschutz tätig ist, 1964 in Meißen. Seit 2014 sitzt er im Landtag, seit 2018 ist er Landeschef der Partei.

## **„Das hätte bundesweit Signalwirkung“**

**In Brandenburg hat die AfD unter Spitzenkandidat Andreas Kalbitz den Sprung an die Spitze geschafft. Doch wer wird regieren?**

**Moritz Schwarz**

*Herr Kalbitz, Sie gelten inzwischen als „Schrecken der anderen Parteien“ („Märkische Allgemeine“). Sind Sie stolz darauf?*

**Andreas Kalbitz:** Nein, Schrecken einzulösen ist ganz sicher nichts, worauf man stolz sein könnte. Und ich glaube auch nicht, daß ich das tue, vielmehr bereiten sich die Parteien den Schrecken selbst. Denn die AfD ist nicht die Ursache für ihre Lage – das ist ihr Versagen gegenüber den Wählern, und die AfD ist schließlich Produkt dieses Versagens.

*SPD-Ministerpräsident Dietmar Woidke spricht bereits vom „AfD-Sieg“, die Medien von einem „Umfragehammer“: Mit 21 Prozent sind Sie inzwischen stärkste Partei.*

**Kalbitz:** Als jüngst Sigmar Gabriel klagte, man habe die Mehrheitsgesellschaft aus dem Fokus verloren, mußte ich schmunzeln. Denn das ist genau das, was die AfD seit jeher konstatiert. Unser Erfolg ist also kaum verwunderlich. Allerdings bin ich bei Umfragen vorsichtig: Sie schwanken, haben erfahrungsgemäß leicht einige Prozent Ungenauigkeit und sind immer nur eine Momentaufnahme.

*Sie treten auf die Bremse?*

**Kalbitz:** Nein, ich mache nur keine Zahlenspiele auf vagen Grundlagen und hypothetisiere nicht.

*Mit welchem Ergebnis rechnen Sie?*

**Kalbitz:** Ich rechne mit zwanzig plus X – alles andere ist Spekulation. Und ich setze darauf, wir werden stärkste Partei.

*Welche Bedeutung hätte das?*

**Kalbitz:** Eine sehr wichtige: es hätte – und das gilt auch für Sachsen – bundesweite Signalwirkung: Die AfD kann stärkste politische Kraft werden! Für Brandenburg bedeutete es, daß wir den Wählerauftrag zur Regierungsbildung haben. Doch glaube ich nicht, daß die anderen das respektieren. Vielmehr werden sie Politik à la Görlitz machen, wo der Sieg unseres OB-Kandidaten unterlaufen wurde, indem sich alle gegen uns zusammenschlossen. Doch auf einem „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“-Bündnis läßt sich keine tragfähige Sachpolitik machen. Deshalb werden solche Bündnisse keinen Bestand haben.

*Ihr sächsischer Kollege Jörg Urban glaubt, die CDU könnte sich bei einem AfD-Sieg vielleicht für eine Koalition mit seiner Partei entscheiden. Ist das wirklich vorstellbar?*

**Kalbitz:** Bei der planlosen CDU Brandenburg halte ich grundsätzlich alles für möglich. Doch würde die Bundes-CDU das, wegen der Signalwirkung, wohl als eine bundespolitische Frage sehen. Und unter Merkel kann ich mir dafür noch keine Zustimmung vorstellen. Die Union erodiert innerlich in immer schnellerer Geschwindigkeit, und ich erfahre ganz praktisch, daß sich der Ton jenseits der Kameras schon jetzt ändert.

*Brandenburg ist eines der letzten SPD-Stammländer. Stürzt sie hier am Wahltag?*

**Kalbitz:** Das ist mehr als wahrscheinlich, da SPD und CDU mit 17 beziehungsweise 18 Prozent derzeit fast gleichauf liegen. Und da die Union ihr Gesicht verliert, wenn sie ihr Versprechen bricht, auf keinen Fall mit der SPD zu koalieren, könnten letztere Brandenburg tatsächlich verlieren. Sogar dann, wenn dafür eine Koalition der CDU mit Grünen und der Linken nötig sein sollte – was ich der hiesigen CDU absolut zutraue. Da aber keiner weiß, ob es die FDP, mit derzeit fünf Prozent, sowie die Freien Wähler, per Direktkandidaten, in den Landtag schaffen, ist es schwer möglich, vorauszusagen welche Regierung kommt.

*Sie gelten, nach Björn Höcke, als „der“ Exponent des rechten AfD-Flügels. Doch gibt es, im Gegensatz zu Höcke, Gauland oder Frau Weidel, bei Ihnen keine Verbal-Skandale. Zudem treten Sie oft sehr konziliant auf. Wie erklärt sich dieser Widerspruch?*

**Kalbitz:** Damit, daß es gar kein Widerspruch ist. Daß Sie und viele dennoch meinen, es gäbe da einen, liegt an der verzerrenden Berichterstattung der Medien, die Rechtssein meist so darstellen, als sei es per se aggressiv und ausfällig.

*Was ist dran am Gerücht, Sie wollten Nachfolger Gaulands als Parteichef werden.*

**Kalbitz:** Ich denke, daß ich wegen meiner politischen Positionierung nicht als so neutral und integrativ wahrgenommen werde, wie es – angesichts des Zustands der Partei, vor allem mit Blick auf die West-Landesverbände – für den Parteichef nötig ist. Ich glaube zwar nicht, daß das in der Sache zutrifft, aber so ist die Wahrnehmung. Deshalb, da bin ich realistisch, wäre ich zum jetzigen Zeitpunkt wohl nicht der richtige Kandidat.

*In einem Interview schließen Sie sich der Bewertung der „Identitären Bewegung“ als rechtsextrem an. Wie kommen Sie darauf?*

**Kalbitz:** Ich habe die IB nicht so bewertet, sondern nur gesagt, daß die Bewertung des Verfassungsschutzes so lautet.

*Wer das Interview liest, gewinnt unvermeidlich den Eindruck, Sie teilen diese.*



**Kalbitz:** Das liegt im Auge des Betrachters und hätte sich besser differenzieren lassen. Hinsichtlich des Vorhalts, ich beschäftige Mitarbeiter, die angeblich IB-Aktivisten seien, kann ich nur sagen: Ich drücke keinem jungen Menschen ein Brandzeichen auf, der aus jugendlichem Übermut mal, stets friedlich und gewaltfrei, vor der Tür der CDU-Zentrale saß und sich nun zu den demokratischen Werten der AfD bekennt.

*Für Ärger sorgt, daß die AfD im Wahlkampf das Brandt-Zitat „Mehr Demokratie wagen“ und „Vollende die Wende“ plakatiert. Ist das nicht in der Tat unzulässig?*

**Kalbitz:** Nein, im Gegenteil. Mit „Mehr Demokratie wagen“ halten wir den Etablierten ganz im Sinne des Zitats den Spiegel vor. In welchem sich nämlich zeigt, wie sehr diese dem Anspruch des Willy-Brandt-Mottos nicht gerecht werden. Eben deshalb sind ja die Reaktionen auch so aufgeregt. Und was die Kritik einiger Bürgerrechtler wegen „Vollende die Wende“ angeht: Erstens haben diese die Wende nicht gepachtet – die sie auch nicht alleine gemacht haben, sondern mit dem Volk. Zweitens gibt es ebenso Bürgerrechtler, etwa Vera Lengsfeld oder Angelika Barbe, die uns recht geben. Zudem ist die Angleichung des Rentenniveaus dreißig Jahre lang tatsächlich nicht vollendet worden, ebensowenig wie die des Lohnniveaus. Das ist schlicht Fakt. Und es geht auch um die Einschränkung des Meinungskorridors – was ebenfalls an 1989 anknüpft. Daß wir damit Deutschland pauschal mit der DDR gleichsetzten, wie uns böswillig unterstellt wird, ist Blödsinn. Dann säße die AfD nicht in den Parlamenten, sondern im Gefängnis. Nein, wir treffen damit den einen Nerv und das Empfinden vieler Menschen. Eben das aber wollen viele nicht wahrhaben und macht unseren Erfolg mit aus.

**Andreas Kalbitz**, ist Landes- und Fraktionsvorsitzender der AfD in Brandenburg sowie Mitglied im Bundesvorstand. Geboren wurde der Medienkaufmann, ehemalige Fallschirmjäger und freiberufliche IT-Berater 1972 in München. Seit 2014 ist er Mitglied des Landtags in Potsdam und seit 2017 Landes- und Fraktionschef als Nachfolger Alexander Gaulands.